

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Buchhändler monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Buchhändler und Geschäftsstellen nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieges oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — bei der Begebung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den obgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verleger, die Geschäftsleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin G. B. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das Amt Wilsdruff Nr. 6.

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das königliche Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 226

Freitag den 27. September 1918

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Fortsetzung der Beratungen im Hauptausschuß des Reichstages.



Regierung und Parteien.

Erörterungen im Hauptausschuß des Reichstages. Berlin, 25. September.

Grober, Scheidemann und Fischel — das waren die Männer, die heute im Namen der Mehrheitsparteien besprochen waren, der Regierung gegenüber Stellung zu nehmen. Man könnte eigentlich sagen: gegen die Regierung Stellung zu nehmen, die bald vor einem Jahre aus ihren eigenen Reihen und auf ihre eigene Initiative hin gebildet worden ist. Tatsächlich befindet sich denn die Reichstagsmehrheit heute in mehr oder weniger ausgesprochener Opposition gegen das Ministerium Hertling, und fraglich ist nur, wie weit sie entschlossen sein wird, auf diesem ihren Stellungswechsel praktische Folgerungen zu ziehen. Auch sie hielten es für richtig, diese Kernfrage der inneren Schwierigkeiten des Tages vorläufig noch im Dunkeln zu lassen. Unerwartend wirkte freilich der an manchen Stellen recht scharf ausgesprochene Ton in der Rede des Zentrumsführers. Manche glaubten schon herauszuhören, daß der Abg. Grober drauf und dran sei, mit liegenden Fahnen in das Lager der Scheidemann und Fischel überzugehen. Und wenn man die Reden dieser drei Parteiführer ihrem Sachgehalte nach miteinander vergleicht, so muß die weitgehende Übereinstimmung zwischen ihnen in der Tat einigermaßen verblüffen.

Aber trotzdem wird man gut daran tun, wie Grober's Rede nicht ausschließlich nach dem zu beurteilen, was sie enthält, und auch nicht immer nach dem Ton, den sie anschlägt. Zweifellos sollte sie auch den inneren Meinungsverschiedenheiten in der Mitte des Zentrums gerecht werden und auch dem von Erberger geführten Flügel das Herz etwas erleichtern. Ebenso hatte sie auch die nicht minder wichtige Aufgabe zu erfüllen, dem nachfolgenden sozialdemokratischen Redner den Wind einigermaßen aus den Segeln zu nehmen. Immerhin bleibt soviel bestehen, daß das Zentrum der Politik der gegenwärtigen Regierung ohne jede Begeisterung gegenübersteht und daß die Partei nach wie vor der Veröffentlichung sozialdemokratischer „Mindestforderungen“ gewillt und bereit ist, die Arbeitsgemeinschaft mit Fortschrittler und Sozialdemokraten solange es irgend angeht, aufrechtzuerhalten. Diese wiederum wissen das Schwergewicht, das der Haltung der Zentrumsfraktion in der gegenwärtigen Lage des Reiches unter allen Umständen zukommt, nach Gebühr zu würdigen und so zeigten auch ihre Redner sich sorgsam bemüht, die Brücken zu der eigentlichen Partei der Mitte nicht abzubrechen. Herr Scheidemann befehlte sich eines durchaus maßvollen Tones, und Herr Fischel äußerte sich wohlweislich bei aller Kritik, die er an der Politik der Regierung zu üben hatte, des Guten in dieser Beziehung zu viel zu tun. Er verstand sich sogar dazu, die Anschauungen des Reichsanwalts v. Pauer über die Unabänderlichkeit unserer östlichen Friedenspolitik ausdrücklich gutzuheißen, was immerhin bei dem scharfen Druck, den die Sozialdemokratie gerade nach dieser Richtung auszuüben sucht, etwas bejagen will. Danach hat man jedenfalls den Eindruck, daß weder das Zentrum noch die Fortschrittler einen Bruch mit der gegenwärtigen Regierung herbeiführen wollen und daß sie, soviel an ihnen liegt, auch bemüht sein werden, die Sozialdemokratie von einer endgültigen Heftdebatte gegen den Grafen Hertling zurückzubalten. Ob und wie lange ihnen das gelingen wird, bleibt indessen eine offene Frage.

Der Führer der Nationalliberalen, Abg. Stresemann, der heute als letzter Redner zum Wort kam, legte mit gewohnter sachlicher Klarheit und Schärfe den Standpunkt seiner Gesinnungsgenossen dar. Er wußte wieder reiner und kräftiger nationale Melodien zum Erklingen zu bringen. Die Neigung seiner Partei, engere Fühlung mit den Mehrheitsparteien zu gewinnen, ist natürlich durch die Vorgänge der letzten Tage nicht verflärt worden. Der morgige Tag

dürfte vollends den Parteien der Rechten gehören, die am bestimmtesten für die Regierung eintreten, obwohl diese ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen ist, sie also parteipolitisch nichts weniger als an sie gebunden sind. In der Regierung selbst wird es danach sein, das Fazit aus dem Gesamtverlauf der Aussprache zu ziehen und die öffentliche Meinung wird dann darüber zu entscheiden haben, ob sie sich mit der Gesamthaltung unserer verantwortlichen Staatsmänner einverstanden erklären kann oder nicht.

Das deutsche Volk steht vor schicksalsschweren Entscheidungen. Dem Ausgang unserer inneren Kämpfe kommt jetzt nicht geringere Bedeutung zu, als dem schweren Kampf an allen Fronten, das unsere militärische Kraft auf die äußerste Probe stellt.

Der Verlauf der Sitzung.

Der Rednerraum war am heutigen Tage überfüllt. Der Vorsitzende Abg. Ebert eröffnete sie pünktlich um 10 Uhr. Erhienen waren Reichsanwalt Graf Hertling in Begleitung eines Unterstaatssekretärs v. Radowits, der Reichsanwalt v. Pauer, die Staatssekretäre v. Hinze, v. Waldow und v. Stein, Graf Rüdern, Vertreter des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts und viele andere hohe Regierungsbeamte. Auch die Reichstagsmitglieder waren sehr zahlreich zur Stelle. Präsident Behrensdorf wohnte ebenfalls der Sitzung bei. Den Redner der Redner eröffnete

Abg. Grober (Zentr.): Nach gelegentlichen Zwischenrufen darf man die Gesamtlage nicht beurteilen. Das sind Wechselfälle des Weltkriegs, die nicht ausbleiben. Unser Vertrauen zum Heere und zu seinen Führern ist unerschütterlich. Redner verlangte Ergänzungen vertraulicher Art zu den Ausführungen des General v. Wrisberg. Die Rede des Reichsanwalts v. Pauer in Stuttgart war nicht eine gelegentliche Äußerung, sondern

Aktionsprogramm der Regierung

dar, daß in Übereinstimmung mit der Obersten Weisung aufgestellt worden ist. Diese Übereinstimmung erreicht zu haben, ist unter allen Umständen ein Verdienst des Grafen Hertling. Das Zentrum ist bereit, auf dem Boden dieses Aktionsprogramms zu treten. Der Wille der Reichsregierung muß sich gegen alle Widerstände durchsetzen. Fehlt es hierfür an den notwendigen Mitteln, so müssen sie geschaffen werden. Die Königswahl in Finnland ist eine innerfinnische Angelegenheit, und es darf kein Zweifel bestehen, daß Deutschland für den finnischen Thron irgendeine Sicherheit nicht übernehmen kann. Die Randvölker müssen ihr Selbstbestimmungsrecht auch wirklich ausüben dürfen. In ihrem eigenen Interesse haben sich die Randvölker Deutschland gegenüber. Das dunstige Interesse darf niemals maßgebend sein. Die Personalunion ist erledigt, sie liegt weder im Interesse Deutschlands, noch in dem der Randvölker.

Zu der Lösung der polnischen Frage

geht es nicht vorwärts. Es ist geradezu unfaßlich, daß man noch zu keiner Entscheidung gekommen ist. Die Friedensentscheidung des Reichstages vom 19. Juli 1917 ist von der Reichsregierung übernommen und gutgeheißen worden. Jetzt geht der Kriegsminister in einem Erlass gegen dieses Friedensprogramm von Regierung und Reichstag vor. Das kann der Reichstag nicht leicht nehmen, und der Erlass, mit dem der Reichsanwalt nicht einverstanden sein kann, muß zurückgezogen werden. Ungebühr und lächerlich zugleich ist das Verbot von Versammlungen, in denen für das in der Regierungsvorlage enthaltene gleiche Wahlrecht geworben werden soll. Was ist das für eine Bewirtung, in der Führung unserer Politik? Der gesamte Reichstag wird dem Reichsanwalt unterstützen in dem Bestreben, solche schädlichen Quertreibereien zu beseitigen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Der Reichsanwalt hat seine persönlichen Feinde im Hause. Aber die sachliche Gegnerschaft gegen seine Politik ist gewaltig gestiegen, und die Gegnerschaft der Sozialdemokratie ist rein sachlich. Der Reichsanwalt hat nicht vermocht, zu verhindern, was wir nicht wünschten, und durchzuführen, was wir verlangten. Das letzte Jahr war das schwerste. Wir sind dem Ziele nicht nähergekommen. Die Rückschläge im Westen haben so schwer enttäuscht, weil man so große Hoffnungen erweckt hatte, Hoffnungen, die viel zu weit gingen. Die Gegner geben sich aber einer Selbsttäuschung hin, wenn sie glauben, Deutschland gerichmtern zu können. Die gestrigen Ausführungen der Weeresverwaltung genügen nicht. Der Krieg muß darauf eingestellt werden, ein vorberichtigung zu bewahren.

Nur ein Verteidigungskrieg

Ist die Kräfte aus, die wir brauchen. Das militärische Siegesideal ist nicht das unsere. Die Disziplin ist uns nicht verständlich. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß restlos durchgeführt werden. Die Art, wie Staatssekretär v. Kühlmann gehen mußte, mußte verhängnisvoll wirken, weil sie bewies, daß bei uns die bürgerliche Regierung nicht regiert. Diese Vorgänge haben an der Front ungünstig gewirkt. Die Eingriffe der Zensur sind unbegründet. Was wird nicht alles verboten! Die Stimmung im Lande wird in geradezu tödlicher Weise verflärt. Wie sollen wir, was der Reichsanwalt wünschte, die Stimmung im Lande bessern, wenn das Militär sie gerichtet?

Interimspreis. Pfg. für die 6-gelbte Korpusgröße oder deren Raum. Letzteres Pfg. Restanten Pfg., alles mit 1/2% Verzugszinsen. Zeitlich und überprüfbar mit 50% Rückzahlung. Ziel: Wilsdruff und Umgegend entsprechende Redaktionen im amtlichen Teil (mit von Zeitweilen die Spezialität 60 Pfg. bei. Pfg. / Nachmittags und Abendsblätter 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Invernahmepreise (Schlüssel jedes Abnahmestrich) aus. / Einzelnachnahme bis 11 Uhr vormittags. / Zeitungsgebühr das Ausland 6 Mk. / In die Postanstalt zu bringen. / Für den Erwerb der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Abgabe erhoben. / Einzelverkauf 25%. / Rückzahlung ohne Rabatt. / Die Redaktionen und Zeitungsstellen haben nur bei Zahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einleitung, gerichtlichem Anzeigen verbleibt. / Anzeigen bedürfen die Berechnung des Zinseszinseszinses. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 5 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

uno wie wurden diese Dinge auf die Stimmung an der Front? Die Ausführungen des Reichsanwalts über Belgien haben uns überrascht nach allem, was wir über die Vorgänge dort wissen und was Erberger neuerdings in seinem Buche dargelegt hat. Danach kann von einer belgischen Schuld nicht gesprochen werden. Wer für den Völkerverbund eintritt, muß auch den Willen haben, solches Unrecht wieder gutzumachen. Das Militär hat schwere politische Fehler gemacht, und wir dürfen die Dinge nicht so weiterreiben lassen. Wer diese Fehler bekämpft, wird unsere Unterstützung finden.

General v. Wrisberg: Der Erlass des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Entschliessung des Reichstages vom 19. Juli. Dem Kriegsminister war vielmehr bekannt geworden, daß die Versammlungen der Zentralstelle für Völkerverbund über den Rahmen seiner Entschliessung hinausgehen sollten. Daher die Anweisungen an die Generalkommandos. Die friese Ministerielle Verfügung hinsichtlich der Behandlung der Wahlrechtsfrage ist längst zurückgezogen.

Abg. Fischel (Soz.): Die Lage ist ernst, aber wir haben auch nach unserer Auffassung keinen Grund, feindselig zu sein. Eine ganze Reihe von Umständen haben die Stimmung herabgedrückt. Selbstverständlich müssen wir die bulgarische Note unterstützen. Wir hoffen, daß die militärische Lage sich auch wieder bessert. Rohstoffe sind vorhanden, die Ernte ist besser und wir haben die Möglichkeit, durchzuhalten. Die politische Leitung muß alles tun, um

die Kräfte im Innern zu stärken

und muß alle Hemmungen beseitigen, die früher trotz aller guten Absichten entstanden sind. Obenan muß der Sab stehen, daß wir einen reinen Verteidigungskrieg führen. Der Reichsanwalt hat versprochen, die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand zu mildern, und es sind Erlasse ergangen. Aber es wurde nicht besser, sondern schlimmer. Die Militärs wollten eben nicht und machten es nach ihrem Kopf. Die Wahlrechtsvorlage hatte den Zweck, das Vertrauen des Volkes zu beleben. Die Militärs aber verhindern, daß dieses Vertrauen aufkommt. Wir stehen auf dem Boden des Völkerverbundesgedankens und werden ihn nach unseren Kräften fördern. Wir wollen zeigen, daß unser Militarismus nicht Selbstzweck ist, sondern nur dem Schutze der Heimat dient. Wir wollen nach Mitteln suchen, um künftig blutige Kriege unendlich zu machen. Die Handlung der Soldaten muß anders und besser werden. Es konnte die Stimmung mehr verderben, als die Erlasse. Es genügt uns, von denen der Reichsanwalt allerdings nichts gewußt hat. Manche Verfügungen an unseren Höfen erregen keine Zustimmung, so hinsichtlich der finnischen Königswahl, Ulas-Rotbringen und der Personalunion mit den Randstaaten. Wir freuen uns, daß wenigstens die Personalunion erledigt zu sein scheint. Unter keinen Umständen darf Finnland ein deutscher Bräutigam werden. Demokratische Grundzüge müssen nicht nur im Innern gelten, sondern auch nach außen gegenüber

den Randvölkern zum Beispiel Anwendung finden. Die Germanisierung ist so, wie sie gefehlt worden ist, nicht an Blöße. Es geht ums Ganze nach außen und nach innen. Wir sind einverstanden mit dem von Herrn v. Pauer in Stuttgart aufgestellten Programm. Die Regierung muß nun aber auch die Kraft haben, es durchzuführen.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Den Kriegsziele stimmen meine Freunde zu. Wir geben dabei von dem Gesichtspunkt aus, wie im Herbst 1917, nämlich, daß in schwerer Zeit die innere Geschlossenheit der Heimat gewahrt bleiben muß. Wir sind uns dabei bewußt, daß wir damit auf dem Gebiete der Kriegsziele eigene Wünsche hinstellen müssen. Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Hinze haben unsere volle Zustimmung gefunden. Wir sind damit einverstanden, wenn mit den Randstaaten Konventionen abgeschlossen werden, die eine Konföderation der dortigen Verhältnisse herbeiführen. Die Handhabungen auf dem Gebiete des Belagerungszustandes sind bedauerlich. Die Verfügung des Kriegsministeriums, die dem Wortlaut nach ein Eintreten für den Verbandsfriedensfrieden mißbilligt, ist nicht zu rechtfertigen. Wir hoffen in bezug auf die Wahlrechtsfrage, daß eine Verständigung zwischen Regierung und Verbandsstaaten gelingt.

Nach Dr. Stresemann's Rede wurde die Sitzung auf morgen vormittag vertagt.



Durch wohlberedete
Draußen und Lügen der
Feinde ließ sich mancher
Deutsche beirren. Dagegen
muß sich ein jeder wappnen
durch Forschen nach den
Absichten der Gegner.

Der Schritt zur Wahrheit

zerreißt das feindliche Lügennetz und offenbart krasch die feindliche Habgucht und Machtgier, die Deutschlands Tod, nicht Deutschlands Leben will!